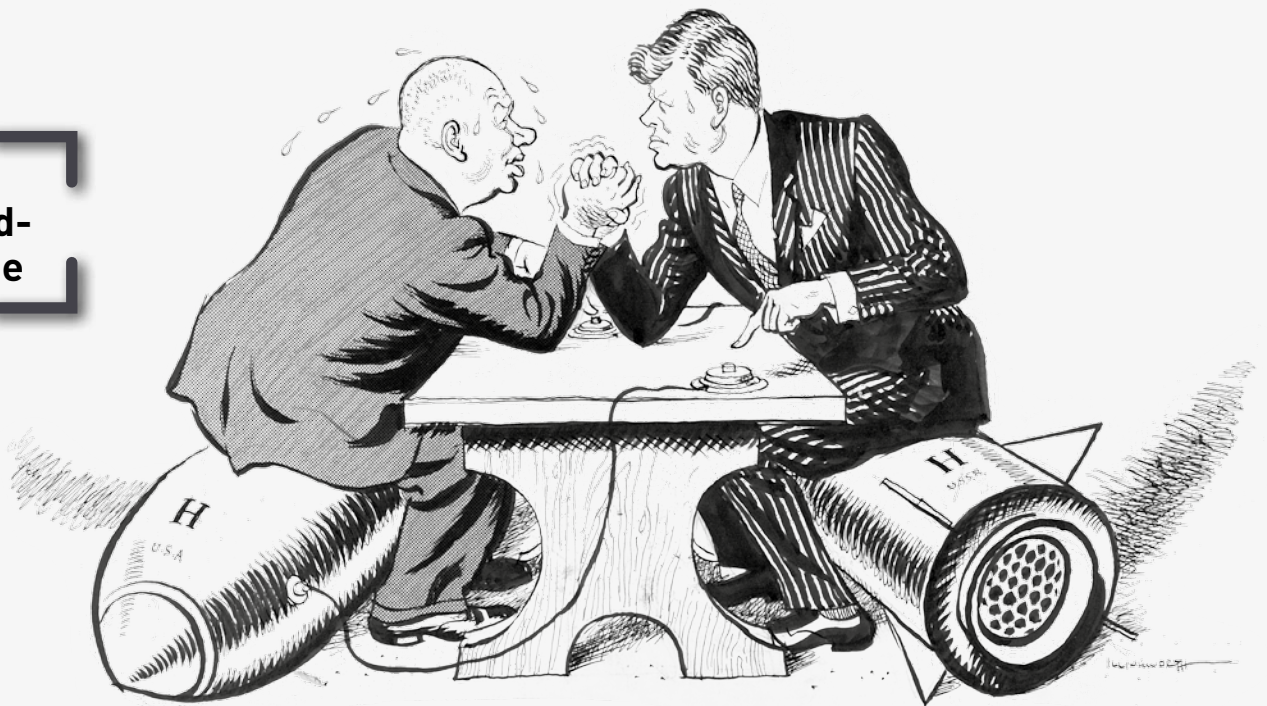


Der Kalte Krieg

Ursachen
Geschichte
Folgen

Text-
und Bild-
auszüge



Leslie Illingworth / Solo Syndication, London. Supplied by Llyfrgell Genedlaethol Cymru / National Library of Wales

Eine Ausstellung des Berliner Kolleg Kalter Krieg
und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BERLINER KOLLEG
KALTER KRIEG
BERLIN CENTER
FOR COLD WAR STUDIES



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Am 9. März 2015 wird eine Panzerbrigade der 3. US-Infanteriedivision in Riga ausgeschifft. Sie nimmt am Manöver Atlantic Resolve teil, das den baltischen Staaten während der Ukraine-Krise die Solidarität der NATO demonstrieren soll.

Foto: picture alliance / dpa / Valda Kalnina



Der britische Premierminister Winston Churchill, US-Präsident Harry Truman und der sowjetische Staats- und Parteichef Josef Stalin (v. l. n. r.) am 25. Juli 1945 in Potsdam. Das Kriegsbündnis der ungleichen Partner sollte nach dem Sieg über Deutschland und Japan nicht lange Bestand haben.

Foto: picture alliance / Everett Collection

Ein neuer Kalter Krieg?

Seit einigen Jahren ist viel von einem neuen Kalten Krieg die Rede. Ob Russlands Einmarsch in Georgien oder Nordkoreas nukleares Säbelrasseln, ob das Atomwaffenprogramm des Iran oder Putins Vorgehen auf der Krim, ganz zu schweigen vom verdeckten Krieg gegen die Ukraine – viele Kommentatoren behaupten einen Rückfall in die krisengeplagte Zeit zwischen 1945 und 1991. Politiker und Militärs tragen das Ihre zu dieser Befürchtung bei. So fordert der polnische Präsident Andrzej Duda im August 2015, mehr NATO-Truppen als vereinbart in Osteuropa zu stationieren. Auch in den baltischen Staaten wächst die Furcht vor einer Bedrohung durch Russland. Der Kreml nährt die Ängste durch militärische Übungsflüge in unmittelbarer Nähe zum Luftraum Westeuropas und durch die Aufstockung seiner Rüstungsausgaben. In den USA wird derweil über das Recht zum «Präventivschlag» in einem «Cyberkrieg» diskutiert. Und über allem schwebt das Gespenst eines hoch gerüsteten und zur politischen Expansion entschlossenen China.

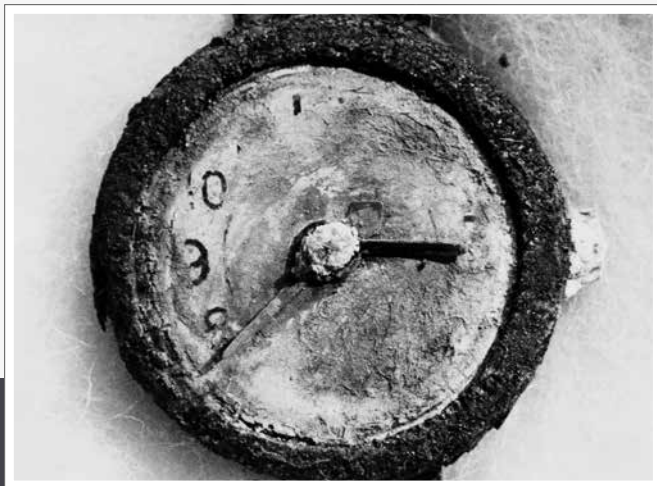
Die aktuellen Entwicklungen laden zu einem Rückblick auf die Anfänge und den Verlauf des Kalten Krieges ein – und nicht zuletzt auf die Gründe für sein unerwartetes Ende.

2

Die Anfänge

Mit dem Sieg über Nazi-Deutschland und der Kapitulation Japans hat das Bündnis Großbritanniens, der USA und der UdSSR 1945 seinen Zweck erfüllt. Aus dem Streit um die Neuordnung Deutschlands und Osteuropas wird rasch ein unüberbrückbarer Konflikt. Staatssozialismus und Parteidiktatur im Osten, freie Marktwirtschaft und repräsentative Demokratie im Westen erweisen sich als ebenso unvereinbar wie die jeweiligen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Ost wie West sehen die eigene Zukunft langfristig nur durch eine weltweite Verbreitung ihres eigenen Gesellschaftsmodells gesichert. Daher ist der Kalte Krieg ein globaler Konflikt, der auf allen Kontinenten und mittels der Mobilisierung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und militärischer Ressourcen ausgetragen wird. Der ideologischen Teilung der Welt folgt die politische und militärische Spaltung – mit der Gründung der NATO 1949 und des Warschauer Pakts 1955. Während es auf der nördlichen Halbkugel bei einem hoch gerüsteten «Nicht-Frieden» bleibt, wird die Dritte Welt vier Jahrzehnte lang zum Schauplatz «heißer Kriege».

3



Am 6. August 1945 vernichtet eine US-Atombombe die japanische Stadt Hiroshima. Die Zeiger der in den Ruinen gefundenen Überreste einer Armbanduhr markieren den Zeitpunkt der Explosion um 8:15 Uhr Ortszeit.

Foto: UN Photo / 84772



Am 1. November 1952 testen die USA auf dem Eniwetok-Atoll in der Südsee die erste Wasserstoffbombe («Ivy Mike»).

Foto: National Nuclear Security Administration / Nevada Site Office

Treibstoff des Kalten Krieges

Am 6. und 9. August 1945 werden Hiroshima und Nagasaki mit einer Waffe von beispielloser Zerstörungskraft ausgelöscht – der Atombombe. Militärisch sind die Angriffe sinnlos, Japan steht ohnehin vor der Kapitulation. Es geht den USA vielmehr um eine Demonstration technologischer Übermacht und der Entschlossenheit, davon Gebrauch zu machen. Damit soll insbesondere die sowjetische Führung beeindruckt werden. Viele Zeitgenossen sehen den Einsatz der Atombomben deshalb nicht als letzten Akt des Zweiten Weltkrieges, sondern als Auftakt des Kalten Krieges. Während Moskau den USA vorwirft, wie ein Erpresser aufzutreten und die Welt beherrschen zu wollen, forciert Stalin das eigene Atomwaffenprogramm. Auch deshalb scheitert das Bemühen um eine von der UNO garantierte Kontrolle atomarer Brennstoffe. Stattdessen setzt sich ein fataler Gedanke durch: Atomwaffen sind politische Waffen, wer als Großmacht glaubwürdig sein will, kann auf sie nicht verzichten. Als der UdSSR im August 1949 erstmals ein Atomtest gelingt, tritt das Wesentliche des Kalten Krieges zutage: Der Streit um unvereinbare Weltanschauungen wird ab sofort mittels der Drohung beiderseitiger Vernichtung ausgetragen – ein welthistorisches Novum.

4

Werkzeuge der Apokalypse

Die Nachricht von der sowjetischen Atombombe beschleunigt in den USA den Bau einer thermonuklearen Superwaffe, die ihre Energie nicht durch Kernspaltung, sondern durch Kernfusion freisetzt. Eine im Frühjahr 1954 getestete Wasserstoffbombe übertrifft mit 15 Megatonnen die Sprengkraft ihres gegen Hiroshima eingesetzten Vorgängers um das 750-fache. Sieben Jahre später bringt es die von der UdSSR erprobte «Zar-Bombe» auf 50 Megatonnen und einen auf 64 Kilometer Höhe aufgetürmten Atompilz. Bis zu 1000 Quadratkilometer kann eine einzige dieser Waffen verwüsten. Bis Mitte der 1980er Jahre wachsen die Arsenale beider Supermächte auf über 60 000 Sprengköpfe, genug, um den gesamten Globus und mit ihm die Menschheit gleich mehrmals zu vernichten.

Dennoch stellt sich keine politische Ernüchterung ein. Im Gegenteil. Immer mehr Staaten streben nach dem Besitz von Nuklearwaffen. Frankreich, Großbritannien, die VR China und Israel sind bis Ende der 1960er Jahre ebenfalls Atomkräfte, später folgen Indien, Pakistan und Nordkorea. Verlässliche Haushaltsdaten fehlen auf allen Seiten. Angeblich geben allein die USA während des Kalten Krieges fünf Billionen Dollar für Weltuntergangswaffen aus.

5



Südkoreaner, die aus dem Kampfgebiet flüchten, während amerikanische Soldaten als Verstärkung zur Front marschieren. Szene aus dem Koreakrieg, August 1950.

Foto: picture-alliance / akg-images



Die Sowjetunion verlangt in ihrem Machtbereich absoluten Gehorsam. Als das kommunistische Jugoslawien unter Tito 1948 die Gefolgschaft verweigert, startet Moskau eine jahrelange Hetzkampagne.

Abbildung: Neues Deutschland vom 8. 7. 1949, 24. 8. 1949, 6. 10. 1949, 1. 12. 1949

Kräftemessungen in Korea

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist Korea geteilt. Um eine Wiedervereinigung zu erzwingen, greifen Truppen des kommunistischen Nordens am 25. Juni 1950 an und überrennen den südlichen Landesteil. Warum die UdSSR und die VR China ihre anfänglichen Bedenken revidieren und bereits im Frühjahr grünes Licht für die Aggression geben, ist umstritten. Vermutlich sucht Stalin eine Gelegenheit, um den USA – der Schutzmacht Südkoreas – die Grenzen ihrer Macht aufzuzeigen. Die Welt soll sehen, dass Nuklearwaffen stumpf sind, weil sie geographische Vorteile ebenso wenig ausstechen können wie zahlenmäßig überlegene Truppen. Ein riskantes Spiel. Mit einem Mandat der UNO ausgestattet, greifen die USA ein, verdrängen die Invasoren aus dem Süden und rücken bis zur chinesischen Grenze vor – erstmals scheint sich Washington die Möglichkeit zu bieten, ein Land vom Kommunismus zu befreien. Als 200 000 chinesische Soldaten zum Gegenangriff übergehen und die Amerikaner in den Süden zurückwerfen, fordern hohe US-Militärs den Einsatz von Atomwaffen. Präsident Truman lehnt ab und entscheidet sich für die Fortsetzung des Stellungskrieges. Im Sommer 1953 werden die Kämpfe eingestellt, das komplett verwüstete Korea bleibt weiterhin geteilt.

Der «Feind» im Inneren

Im November 1952 wird der vormalige Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Rudolf Slánský, als angeblicher Kopf eines «Verschwörungszentrums» zum Tode verurteilt. Es ist der Höhepunkt einer Serie von Schauprozessen und Verfolgungswellen im Ostblock, die vor niemandem – auch nicht vor Kommunisten – Halt macht. Die ständige «Säuberung» der Gesellschaft und der eigenen Reihen ist Ausdruck politischer Paranoia und zugleich Instrument der Gleichschaltung des gesamten politischen Lebens. Als Slánský im Dezember hingerichtet wird, sind die Gegner der Kommunisten im Ostblock längst verstummt, emigriert, verhaftet oder ermordet. Zwar sind im Westen kommunistische Parteien legal; in Frankreich und Italien gewinnen sie regelmäßig über 20 Prozent der Wählerstimmen. Aber seit den späten 1940er Jahren grassiert auch hier die Furcht vor «Unterwanderung». In den USA kommt es zu einer wahren Hatz auf Lehrer, Schauspieler und Journalisten, die als Mitläufer des internationalen Kommunismus verunglimpft werden. Die KPUSA spielt zu diesem Zeitpunkt im öffentlichen Leben längst keine Rolle mehr. Auch in der Bundesrepublik fristet die KPD ein Schattendasein, als sie 1956 verboten wird.



Der indonesische Präsident Sukarno eröffnet am 17. April 1955 die Konferenz von Bandung, die zum Ausgangspunkt der Bewegung der blockfreien Staaten wird.

Foto: picture alliance / United Archives



Leipziger Straße in Ost-Berlin. Ein aus sozialen Protesten entstandener Volksaufstand wird am 17. Juni 1953 in der DDR von sowjetischen Panzern niedergeschlagen.

Foto: picture alliance / akg-images

Suche nach dem «Dritten Weg»

Die Dominanz der beiden verfeindeten Machtblöcke stößt bereits in der Frühphase des Kalten Krieges auf Kritik. Im April 1955 treten die «Nein-Sager», wie sie von Zeitgenossen genannt werden, im indonesischen Bandung zu ihrer ersten Konferenz zusammen. Die Delegationen aus 23 asiatischen und sechs afrikanischen Ländern sehen sich als Repräsentanten einer «Dritten Welt» – jener Staaten also, die seit 1945 das Joch kolonialer Fremdherrschaft abschütteln und in der bipolaren Welt ungeahnte Aufmerksamkeit finden. Insbesondere die Wortführer Indien, Ägypten und Jugoslawien machen sich für eine eigenständige Rolle zwischen Ost und West stark. Aber in der Praxis bleiben viele «Blockfreie» weit hinter ihren Forderungen – Achtung der Menschenrechte und Nichteinmischung in die Angelegenheiten Dritter – zurück. Auch geben sie dem Buhlen der Supermächte nach, akzeptieren Militärhilfe in großem Umfang und spielen Moskau und Washington gegeneinander aus. Kriege zwischen Blockfreien sind ebenfalls an der Tagesordnung – zwischen Indien und Pakistan, Somalia und Äthiopien oder Uganda und Tansania. Nationaler Egoismus und Großmachtstreben verhindern, dass die «Blockfreien» zu Vertretern eines «dritten Weges» werden.

8

Eindämmen, befreien, abschotten

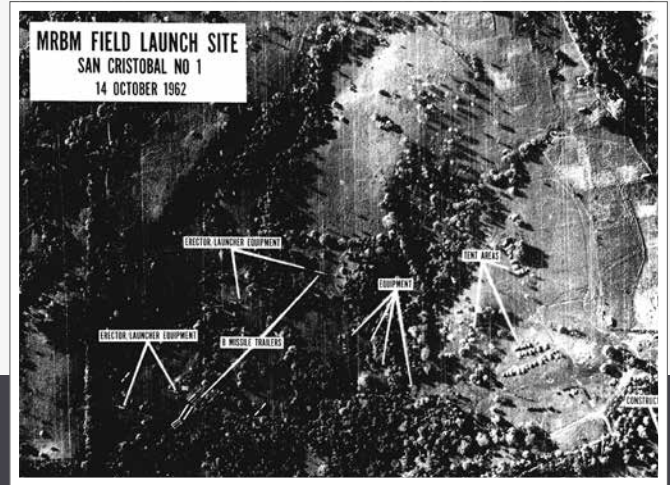
Zwischen 1953 und 1956 kommt es in Ostmitteleuropa zur Rebellion gegen die kommunistische Herrschaft. Soziale Proteste münden fast immer in der Forderung nach Demokratie und Selbstbestimmung. Werden die lokalen Machthaber nicht Herr der Lage, greifen sowjetische Panzer ein – 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn, dessen neue Regierung den Westen um Hilfe ruft. Vergeblich. Den Westmächten, die stets ein «Roll Back» des Kommunismus propagiert hatten, ist das Atomrisiko zu groß. Von nun an ist in Europa nur noch von einer «Eindämmung» sowjetischer Macht die Rede. Hinter dem «Eisernen Vorhang» hat die UdSSR freie Hand. Einzig West-Berlin bleibt davon ausgenommen. Als Moskaus Versuche scheitern, die Westmächte dort zu verdrängen, wird die Halbstadt im August 1961 von der DDR eingemauert. Damit ist auch die Massenabwanderung aus der DDR unterbunden. Wegen eines Streits um alliierte Zugangsrechte nach Ost-Berlin kommt es im Oktober 1961 zum Kräfteressen: Am «Checkpoint Charlie» richten sowjetische und US-Panzer zwei Tage lang geladene Geschütze aufeinander, ehe John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow die Situation entschärfen. Danach sind die Grenzen des Kalten Krieges in Europa fixiert – vorerst.

9



Am 1. November 1961 bringt die Initiative «Women Strike for Peace» in 60 US-Städten rund 50 000 Frauen und Mütter auf die Straße, die – wie hier in New York vor der amerikanischen Atomenergiekommission – gegen Kernwaffentests in Ost und West protestieren.

Foto: picture alliance / AP Photo



Die Luftaufnahme gehört zu den Unterlagen, mit denen US-Präsident Kennedy am 16. Oktober 1962 über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba informiert wird.

Foto: John F. Kennedy Presidential Library and Museum, Boston

Protest und Widerstand

Weltweit formiert sich in den 1950er Jahren Widerstand gegen die Konfrontationspolitik der Blöcke und ihren nuklearen Rüstungswettlauf. Namhafte Wissenschaftler und Intellektuelle wie Bertrand Russell und Albert Einstein rufen zur Ächtung von Nuklearwaffen auf, in der Bundesrepublik trägt die Bewegung «Kampf dem Atomtod» dazu bei, dass eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr verhindert wird. In den USA und Großbritannien fordern zehntausende eine Beendigung von Atomtests, die sie für extreme Umweltbelastungen durch radioaktives Spaltmaterial verantwortlich machen – zu Recht, wie der Nachweis von Strontium 90 in Muttermilch belegt. Im engsten Kreis äußert auch ein sowjetischer Wissenschaftler erstmals schwerwiegende Bedenken gegen eine Fortsetzung der bisherigen Politik: Andrei Sacharow. Nach jahrelangem Hin und Her setzen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien im Oktober 1963 ein «begrenztes Teststoppabkommen» in Kraft und verzichten fortan auf Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Weil unterirdische Experimente weiterhin erlaubt sind, geht das Wettrüsten weiter. Und so setzen die Kritiker ihre Aktionen fort.

10

An der Schwelle zum Atomkrieg

Zwischen dem 14. und 28. Oktober 1962 kommt es zur gefährlichsten Konfrontation des Kalten Krieges. Die USA entdecken auf Kuba Abschussrampen für 36 atomare Mittelstreckenraketen. Moskau will damit seinen Weltmachtanspruch unter Beweis stellen und den USA die Grenzen ihrer Macht aufzeigen. Von einer neuartigen Bedrohung ist in Washington nicht die Rede. Auch ändern die Raketen nichts an der militärischen Überlegenheit der USA. Aber eine Stationierung vor Amerikas Haustür ist politisch unannehmbar. Präsident John F. Kennedy verhängt eine Seeblockade, versetzt die strategischen Luftstreitkräfte in höchste Alarmbereitschaft und formiert in Florida eine Invasionsstreitmacht von 120 000 Mann. Noch riskanter sind Zwischenfälle hinter dem Rücken der Hauptdarsteller: US-Kreuzer jagen U-Boote der Roten Flotte, sowjetische Offiziere lassen einen Aufklärer über Kuba abschießen, amerikanische Kampffjets dringen in sowjetischen Luftraum ein. Als Fidel Castro einen nuklearen Erstschlag gegen die USA fordert, zieht Nikita Chruschtschow die Notbremse. Mit dem Abzug der Raketen ist die Krise beigelegt, der Kalte Krieg wird dennoch angeheizt: Um mit den USA gleichzuziehen, ordnet der Kreml eine massive Aufrüstung aller Waffengattungen an.

11



US-Hubschrauber geben vorrückenden südvietnamesischen Soldaten im März 1965 Feuerschutz. Seit Frühjahr 1965 entsenden die USA vermehrt Bodentruppen nach Vietnam.

Foto: picture alliance / AP Photo / Horst Faas



Anfang der 1970er Jahre erfasst der Vietnamkrieg auch Laos und Kambodscha. 1975 fällt Kambodscha in die Hände der von Nordvietnam unterstützten Roten Khmer. Kurz vor dem Fall der Hauptstadt Phnom Penh werden von der Regierung auch Kindersoldaten an die Front geschickt.

Foto: BStA / Harald Schmitt

Trauma Vietnam

Seit den frühen 1960er Jahren tragen West und Ost ihren Kampf um Einfluss und Vormacht hauptsächlich in der Dritten Welt aus. Im Unterschied zum politisch erstarrten Europa können dort neue Bündnispartner gewonnen und Ressourcen erschlossen werden. Ein besonderes Augenmerk gilt Vietnam. Dass Frankreich nach einer verheerenden Niederlage 1954 das Land hatte verlassen müssen, wird in Washington nicht ernst genommen. Amerikanische Truppen, 1968 sind es 550 000, führen zusammen mit ihren südvietnamesischen Verbündeten den längsten heißen Krieg im Kalten Krieg – gegen Guerillas und reguläre Truppen aus Nordvietnam, die massiv von der UdSSR und der VR China unterstützt werden. Auf Vietnam fallen mehr Bomben als auf allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges zusammen, vermutlich werden zwei Millionen Vietnamesen getötet – neben Korea der höchste Blutzoll. Selbst eine Ausweitung der Kämpfe auf Laos und Kambodscha kann das Scheitern der USA nicht verhindern. 1975 wird Vietnam unter kommunistischer Herrschaft wiedervereint.

Der Krieg spaltet Amerika und sorgt bis heute für erbitterte Kontroversen. Weltweit verlieren die USA Prestige und Einfluss, vor allem in den Reihen der jungen Generation.

Schlachtfeld Dritte Welt

Nach 1945 werden in der Dritten Welt in rund 150 Kriegen vermutlich 22 Millionen Menschen getötet. Diese Bilanz geht nicht allein auf die Rivalität der Supermächte zurück: Entweder geben regionale Machtkämpfe, Bürgerkriege und Stammesfehden den Ausschlag – oder die Befreiung von kolonialer Herrschaft. Aber Ost wie West ergreifen in der Mehrzahl der Fälle politisch Partei, unterstützen ihre Günstlinge mit Geld und Waffen, entsenden Militärberater, Söldner und bisweilen auch eigene Truppen. Weil beide Blöcke in der Dritten Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch Fuß fassen wollen, werden lokale Konflikte intensiviert und künstlich in die Länge gezogen. Das Engagement der Supermächte eröffnet den Empfängern oft ungeahnte Handlungsspielräume. Allein die Drohung, ins gegnerische Lager zu wechseln, hält die jeweilige Schutzmacht bei der Stange und treibt den Preis des Krieges weiter nach oben.

Die Hinterlassenschaften heißer Kriege im Kalten Krieg werden auf unabsehbare Zeit spürbar bleiben: Umweltgifte und Beschädigungen des Erbguts (Vietnam), großflächig versteckte Landminen (Angola), Bevölkerungsverluste (Kambodscha, Nicaragua, El Salvador, Guatemala) oder politische Radikalisierung (Afghanistan).



In der Bildlegende zu dem am 12. März 1969 in Moskau veröffentlichten Foto heißt es: «Sowjetische Grenzsoldaten (in hellen Mänteln) im Handgemenge mit rochinesischen Provokateuren und Eindringlingen [...] an der fernöstlichen sowjetisch-chinesischen Grenze.»

Foto: picture alliance / dpa / UPI



Das von World Press Photo 1973 ausgezeichnete Bild zeigt den chilenischen Präsidenten Salvador Allende am 11. September 1973, dem Tag des Militärputsches, vor seinem Amtssitz.

Foto: picture alliance / UPI New York Times

Peking versus Moskau

Gefechte zwischen chinesischen und sowjetischen Truppen am Grenzfluss Ussuri fordern Anfang März 1969 mehrere Tote – der Höhepunkt eines in die 1950er Jahre zurückreichenden Konfliktes. Im Kern geht es um ideologische Deutungshoheit. Von Kuba bis Albanien kämpfen beide Seiten verbissen um Bündnispartner und Einflusszonen. Als die VR China mit dem Bau von Atomwaffen beginnt und an der These eines unvermeidbaren Krieges gegen den «westlichen Imperialismus» festhält, zieht Moskau 1960 seine Entwicklungshelfer und Militärberater ab. Es folgt ein mit wüsten persönlichen Beschimpfungen gespickter Propagandakrieg. 1966 brechen die kommunistischen Parteien beider Länder ihre Beziehungen ab, «Rote Garden» belagern die sowjetische Botschaft in Peking. Nach den Zwischenfällen am Ussuri prognostizieren internationale Beobachter einen baldigen Krieg zwischen den Rivalen. In der Tat erwägt man in Moskau einen Präventivschlag gegen chinesische Nuklearanlagen. Peking bemüht sich in der Folge um eine Annäherung an die USA. Mit Erfolg, weil Washington mit der «China-Karte» seine Position gegenüber der UdSSR aufwerten will. Die sowjetisch-chinesische Eiszeit endet erst in den späten 1980er Jahren.

14

Verdeckte Kriegsführung

«Verdeckte Kriegsführung» spielt eine überragende Rolle im Kalten Krieg. Gemeint ist, Einflusszonen der Gegenseite zu destabilisieren und den eigenen Machtbereich gegen «Unterwanderung» abzuschotten: mit wirtschaftlichen und geheimdienstlichen Instrumenten, mit ideologischen Kampagnen und Söldnern. Dabei wollen Ost wie West nicht als Drahtzieher in Erscheinung treten. Neben Afrika ist Mittel- und Lateinamerika der Hauptschauplatz. In Guatemala ermöglicht die CIA 1954 einen Militärputsch gegen die Regierung unter Jacobo Arbenz, in Chile wird der sozialistische Präsident Salvador Allende 1973 mit Unterstützung der USA während eines Staatsstreichs getötet, auf Kuba will Washington einen Regimewechsel erzwingen. Seit den 1970er Jahren intensivieren die UdSSR und ihre Verbündeten verdeckte Operationen in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique: die Ausbildung von Militär, Polizei und Guerillas, Waffenhilfe und Mordkomplotte sind auch hier die Mittel der Wahl. Kuba betreibt dabei einen besonders hohen Aufwand – meistens ohne Rücksprache mit Moskau. Um ein weiteres Ausgreifen Havannas zu unterbinden, eröffnen die USA in der Spätphase des Kalten Krieges eine geheime Front in Nicaragua und El Salvador.

15



Ein Höhepunkt der Entspannungspolitik: Die KSZE-Konferenz in Helsinki. Das Foto vom 30. Juli 1975 zeigt (v. l. n. r.) den westdeutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker, US-Präsident Gerald Ford und Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky.

Foto: picture alliance / akq-images



Arbeiter tragen am 30. August 1980 den Streikführer Lech Wałęsa auf ihren Schultern zur Lenin-Werft in Danzig.

Foto: BStA / Harald Schmitt

Entspannungs- politik

Unter dem Eindruck des Mauerbaus in Berlin, der Kuba-Krise und des Vietnamkrieges werden zunehmend Wege aus der Blockkonfrontation gesucht. In der Bundesrepublik setzt die Regierung Willy Brandt zwischen 1969 und 1973 einen Kurswechsel durch. Ihr Leitgedanke: «Wandel durch Annäherung». In den «Ostverträgen» mit der UdSSR, Polen, der ČSSR und der DDR verpflichten sich alle Seiten, gegeneinander keine Gebietsansprüche zu stellen, auf das Mittel der Gewalt zu verzichten und den «Eisernen Vorhang» durch Handelsverträge, Ausreiseerleichterungen und Besucherabkommen durchlässiger zu machen. Zeitgleich vereinbaren die USA und die UdSSR eine Drosselung ihres Rüstungswettlaufs; fortan gelten Obergrenzen für Interkontinentalraketen und Raketenabwehrsysteme. Auch Washingtons Beziehungen zu Peking verbessern sich nach der ersten Chinareise eines US-Präsidenten im Jahr 1972 merklich. Die «Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» bündelt 1975 das bisher Erreichte und setzt darüber hinaus die Wahrung von Menschenrechten auf die Agenda. Nicht zuletzt vereinbaren die Teilnehmer der KSZE eine Fortsetzung des blockübergreifenden Dialogs – als Rückversicherung für künftige Krisen.

Aufbruch zur Selbstbestimmung

Die Entspannungspolitik öffnet im Ostblock neuen Raum für politischen Widerspruch – trotz rigider Überwachung und Einschüchterung durch Polizei und Geheimdienste. Unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte unterzeichnen in der ČSSR hunderte Oppositionelle die «Charta 77». Es ist die Geburtsstunde der gleichnamigen Bürgerrechtsbewegung, die allen Interessierten offen steht und den Austausch mit Nichtregierungsorganisationen im Westen anstrebt. Auch in der DDR entstehen oppositionelle Gruppen, die sich ebenso für Abrüstung, Umweltschutz und die Dritte Welt einsetzen wie für Meinungsfreiheit und demokratische Rechte. In Polen geht 1980 aus einem Streik die unabhängige Gewerkschaft «Solidarność» hervor, die binnen Jahresfrist neun Millionen Mitglieder zählt und sogar die staatliche Zulassung erkämpft.

Derweil betritt in den USA und in Westeuropa ein neuer Typus politischer Aktivisten die Bühne: Experten für Abrüstung und Menschenrechte. Jenseits des etablierten Politikbetriebs arbeiten sie in Bürgerkomitees oder beraten transnationale Friedensinitiativen von Ärzten und Naturwissenschaftlern. So wird Außen- und Militärpolitik seit den 1970er Jahren immer mehr zu einem zivilgesellschaftlichen Anliegen.



Afghanische Mudschaheddin setzen sich auf dem Wrack eines sowjetischen Militärhubschraubers in Szene.

Foto, undatiert [1980/81?]: picture alliance / AP Photo



Ronald Reagan und Michail Gorbatschow am 11. Oktober 1986 im isländischen Reykjavik. Das Gipfeltreffen scheidert trotz weitreichender sowjetischer Abrüstungsvorschläge, weil der US-Präsident am SDI-Programm festhält.

Foto: picture alliance / Martin Athenstädt

Eine neue Eiszeit

In den frühen 1980er Jahren verschärfen sich die Spannungen zwischen den Blöcken erneut. Zwecks «Befriedung» ihrer mittelasiatischen Einflusszone besetzt die UdSSR Afghanistan, in Polen wird die Solidarność verboten und das Kriegsrecht verhängt. Weil Moskau nicht auf eine Modernisierung von Mittelstreckenraketen verzichtet, stationieren die USA «Pershing II»-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa. Millionen protestieren gegen den neuen Rüstungswetlauf. Auch die Debatte in den USA über «gewinnbare Atomkriege», «Enthauptungsschläge» gegen die sowjetische Führung und weltraumgestützte Waffen sorgt für Empörung. Im Kreml nimmt man die amerikanischen Drohgebärden für bare Münze. Für zusätzliche Nervosität sorgen computergesteuerte Falschmeldungen über Raketenangriffe auf die UdSSR und simulierte Einsatzbefehle für Atomwaffen während der NATO-Übung «Able Archer». Wegen dieses Manövers werden Truppen in Osteuropa und sowjetische Interkontinentalraketen in höchste Alarmbereitschaft versetzt; und in der DDR warten Atombomber mit laufenden Triebwerken auf den Einsatzbefehl – was wie eine Nacherzählung dunkler Kapitel aus der Frühphase des Kalten Krieges klingt, spielt sich im November 1983 ab.

18

Wege aus dem Teufelskreis

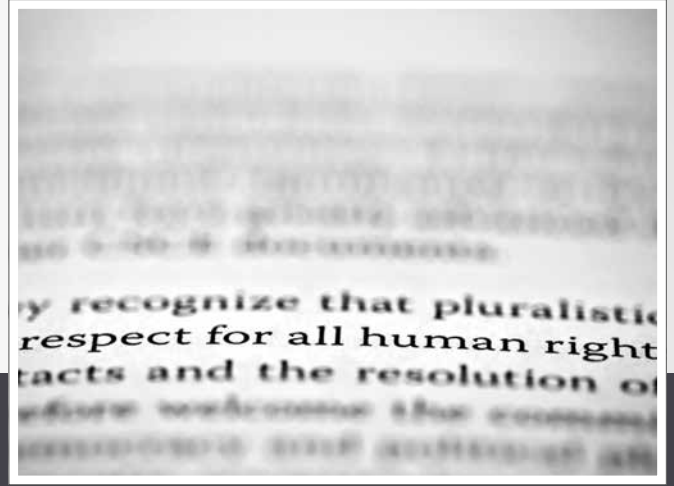
Die Sowjetunion steht Anfang der 1980er Jahre am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Hinzu kommt das Siechtum ihrer politischen Führung. Mit der Wahl Michael Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär im März 1985 kommt unerwartet Bewegung in die sowjetische Politik. Gorbatschow verlangt «Umgestaltung» (Perestroika) und «Offenheit» («Glasnost») und will den «Bruderstaaten» ihren eigenen Weg zum Sozialismus öffnen. Überdies kündigt Gorbatschow einen baldigen Rückzug aus Afghanistan an. Mit weitreichenden Abrüstungsvorschlägen und der Bereitschaft zu einseitigen Vorleistungen überrascht er den Westen. US-Präsident Ronald Reagan, der die UdSSR noch 1984 als «Reich des Bösen» bezeichnet hatte, zeigt sich verhandlungsbereit – nicht zuletzt, weil amerikanische Aufrüstungsgegner auch im konservativen Lager immer mehr Anhänger finden. Ende 1987 vereinbaren die USA und die UdSSR im «INF-Vertrag», ihr gesamtes Arsenal an Kurz- und Mittelstreckenraketen zu vernichten und keine neuen Waffen dieses Typs herzustellen. Damit werden erstmals nach 1945 Nuklearwaffen abgerüstet. Alte Feindbilder verblassen, nach Jahren der Verhärtung wächst zwischen Ost und West ein nie dagewesenes Vertrauen.

19



Am 27. Juni 1989 durchtrennen die Außenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, symbolisch den Eisernen Vorhang zwischen ihren Staaten.

Foto: picture alliance / AP Photo



Am 29. Juni 1990 verabschiedet die KSZE das «Kopenhagener Abschlussdokument über die menschliche Dimension» – ein Meilenstein für die völkerrechtliche Verankerung der Menschenrechte in Europa.

Foto: OSCE / Curtis Budden

Das Ende der Geschichte?

Am 2. Mai 1989 baut Ungarn Befestigungen an seiner Westgrenze ab – ein symbolischer Akt und Auftakt zu einer Entwicklung, deren Dramatik und Geschwindigkeit alle Beteiligten überrascht. Erstaunlich ist vor allem, dass die Umwälzung in den meisten Fällen mit friedlichen Mitteln erfolgt. Das gilt für Polen und Ungarn, die den Reformeifer Gorbatschows seit 1988 noch übertreffen, ebenso wie für die DDR. Zwar schließt die dortige Führung eine «chinesische Lösung» – die gewaltsame Unterdrückung von Protesten wie auf dem Tiananmen-Platz in Peking Anfang Juni 1989 – nicht aus. Weil aber die Rückendeckung aus Moskau fehlt und die Massenproteste von Tag zu Tag anschwellen, schreckt man zurück. In Rumänien hingegen erschießt die Armee tausende Demonstranten, ehe das alte Regime abtreten muss. Selbst Michael Gorbatschow setzt gegen den Zerfall der UdSSR 1990 Militär ein: in Aserbaidshan, Litauen und Lettland. Vergeblich. Am 31. Dezember 1991 hört die Sowjetunion auf zu bestehen, zehn Monate nach der Auflösung des Warschauer Pakts. Viele hoffen auf den endgültigen Triumph von Frieden und Liberalismus – ein Irrtum, wie die Unzahl von Konflikten und Kriegen seit 1991 zeigt.

20

Erbe des Kalten Krieges

Ab 1991 brechen ehemals tiefgefrorene Konflikte wieder auf, etwa in Jugoslawien und auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. Zugleich entstehen neue Brandherde – vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika. Das Festhalten an alten Macht- und Einflussphären blockiert eine kooperative Konfliktlösung seitens der Großmächte und verstellt den Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur. Obendrein stecken alle Atomkräfte Milliarden in die Modernisierung ihres nuklearen Arsenal und unterlaufen damit das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Zu den positiven Hinterlassenschaften des Kalten Krieges zählen Instrumentarien zur politischen Konfliktbewältigung – beispielsweise die 1971 während der Entspannungspolitik ins Leben gerufene «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» und ihr heutiger Nachfolger, die «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» («OSZE»). Die «OSZE» will nicht nur Krisen schlichten, sondern beim Aufbau demokratischer Institutionen helfen und Menschenrechte fördern. Auch in Asien wird dieses Modell multilateraler Kooperation mittlerweile als Vorbild gesehen. Darin liegt eine Chance, das Erbe des Kalten Krieges zu tilgen – aber keine Garantie.

21



Das große Interesse an der Geschichte des Kalten Krieges spiegeln die Besucherzahlen der Open-Air-Ausstellung sowie der Black Box am ehemaligen Checkpoint Charlie in Berlin wider.

Foto: picture alliance / dpa

Erinnerungsorte

Heute ist der Kalte Krieg Erinnerung – museal aufbereitet an den Orten des Geschehens, in Museen oder Ausstellungen. Die Interpretationen sind so vielfältig wie die ehemals Beteiligten, sie spiegeln nationale Sichtweisen oder politische Vorgaben. In Vietnam stehen die von US-Truppen verübten Kriegsverbrechen im Mittelpunkt. Südkorea schreibt eine seit den 1950er Jahren gültige Erzählung von unschuldiger Opferschaft und heldenhafter Gegenwehr fort – derweil in Ostmitteleuropa die Zeit nach 1945 vor allem als sowjetische Fremdbestimmung beschrieben wird. In den USA und Großbritannien wird der Kalte Krieg primär als Wettlauf um die besten Flugzeuge, Panzer und Schiffe inszeniert, teilweise auch als Nervenkitzel an ausrangierten Abschussanlagen für Raketen. Museen der Teilstreitkräfte und virtuelle Orte im Internet halten die Erinnerung in Russland wach. In Deutschland sind Atombunker, Überbleibsel an der deutsch-deutschen Grenze und für die Flucht aus dem Osten gebaute Tunnelanlagen zu besichtigen, mehrheitlich aber Relikte staatlicher Überwachung und Haft in der DDR. Insgesamt ist ein Defizit besonders auffällig: Nirgendwo wird der Kalte Krieg bisher als weltumspannende Geschichte erzählt.

22

IMPRESSUM

DIE HERAUSGEBER

Das 2015 gegründete Berliner Kolleg Kalter Krieg ist ein Ort des internationalen Wissenschaftsaustauschs und der Forschung zum Kalten Krieg, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit prägte und dessen Folgen bis heute nachwirken. www.berlinerkolleg.com

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

DIE MACHER

Autor der Ausstellung ist Prof. Dr. Bernd Greiner, Jg. 1952, Historiker, Politikwissenschaftler und Amerikanist. Greiner lehrt an der Universität Hamburg. Seit 1989 im Hamburger Institut für Sozialforschung tätig, leitet der Historiker zudem das neugegründete Berliner Kolleg Kalter Krieg.

Kurator der Ausstellung ist Dr. Ulrich Mählert, Jg. 1968. Der Zeit-historiker ist seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Gestaltung übernahm Dr. Thomas Klemm, Jg. 1975. Der Historiker und Kunstpädagoge lebt und arbeitet als freier Grafiker und Ausstellungsmacher in Leipzig. www.thomasklemm.com

DANKSAGUNG

Der Dank der Herausgeber gilt den Archiven, Museen und Medien, deren Mitarbeitern sowie anderen Unterstützern des Projekts, die Fotos, Karikaturen und Faksimiles zur Verfügung gestellt haben. An erster Stelle sind dabei zu nennen die dpa-Bildagentur picture alliance (D), das Bundesarchiv (D) sowie die Bundesbildstelle im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (D), von denen das Gros der in der Ausstellung verwendeten Abbildungen stammt. Der Dank gilt darüber hinaus: archive.org (USA), Archive Sakharov (Ru), Bulletin of the Atomic Scientists (USA), Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, abgekürzt BStA (D), Express Newspapers (GB), The John F. Kennedy Presidential Library and Museum (USA), M. DuMont Schauberg / Berliner Zeitung (D), Philip Nash, Pennsylvania State University (USA), National Archives (USA), The National Library of Wales (GB), National Nuclear Security Administration (USA), Neues Deutschland (D), OSZE / OSCE, Robert-Havemann-Gesellschaft (D), Royal Air Force Museum Cosford (GB), Solo Syndication (GB), Der Spiegel (D), statista.com (D), Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (D), Süddeutsche Zeitung Photo (D), die tageszeitung (D), UN Photo, US Army (USA), White House Photo Office (USA) und Wikipedia.

BITTE BEACHTEN

Alle Fotos, Audiodokumente und Texte sowie die Gestaltung der Ausstellung sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechteinhaber reproduziert, verändert oder anderweitig verbreitet werden. Die Rechteinhaber der Fotos werden jeweils in den Bildlegenden benannt.

Fragen oder Kritik zur Ausstellung? Oder haben wir – trotz aller Sorgfalt bei der Bildrecherche – Ihre Urheber- und / oder Verwertungsrechte nicht berücksichtigt? Bitte wenden Sie sich an Dr. Ulrich Mählert via kkausstellung@bundesstiftung-aufarbeitung.de

SIE WOLLEN DIESE AUSSTELLUNG ZEIGEN?

Die Ausstellung «Der Kalte Krieg. Ursachen – Geschichte – Folgen» kann von Ihnen als Plakatsammlung im Format DIN A1 gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt und im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit gezeigt werden. Informationen dazu finden Sie unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/kkausstellung



Folgen Sie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei facebook: www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung